

# Multilaterale Akzente

## Editorial

Vor zwanzig Jahren wirkte Ressourcenknappheit noch als Drohung. Heute sind steigende Lebensmittelpreise, Wasserknappheit und die Auswirkungen des Klimawandels zu alltäglichen Erscheinungen geworden. Der Rio+20 Gipfel wird ein gewichtiger Moment auch für die multilaterale Politik. Es braucht neue Ansätze und Akzente für die Lösung vielschichtiger Krisen. Sie können nur mit funktionierenden multilateralen Regeln und handlungsfähigen Organisationen bewältigt werden. Der Konferenz von Rio kommt die Aufgabe zu, die Spielregeln und Institutionen für eine Nachhaltige Entwicklung zu überdenken und zu stärken. Die Schweiz bringt Lösungsvorschläge in den Vorbereitungsprozess ein und agiert wichtige Themen, wie etwa die Ressourceneffizienz der Industrie, nachhaltige öffentliche Beschaffung, der Abbau schädlicher Subventionen für fossile Energien, die Krisenprävention oder nachhaltige Landwirtschaft. Sie schlägt die Schaffung eines schlagkräftigen UNO-Rats für Nachhaltige Entwicklung vor. Eine Umsetzung der Entschlüsse von Rio wird aber nur gelingen, wenn gleichzeitig auch die internationale Zusammenarbeit gestärkt wird. Mit der neuen Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013-2016 wird die Schweiz ausgezeichnet gerüstet sein, ihren Beitrag für die nachhaltige Entwicklung zu leisten. Mit den globalen Programmen Wasser, Klima, Ernährungssicherheit, Migration, Gesundheit und Finanzen + Handel unterstützt sie zukunftsgerichtete Ansätze. In der Umsetzung setzt die Schweiz auf innovative Partnerschaften, und mobilisiert Fachkompetenz aus Forschung, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft. Den multilateralen Organisationen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie konzipieren und verbreiten erfolgreiche Ansätze und unterstützen die Staaten in der Umsetzung.

RAYMUND FURRER  
OLIVIER BÜRKI

## Von der grünen Wirtschaft zur nachhaltigen Entwicklung

### Rio+20 soll Biss erhalten

**PERSPEKTIVEN** Im Juni 2012 wird in Brasilien die Rio+20-Konferenz stattfinden. Dabei soll das vor 20 Jahren am Erdgipfel von Rio eingegangene Engagement für eine nachhaltige Entwicklung erneuert und gleichzeitig auch eine Zukunftsstrategie entwickelt werden.

«Die Zukunft, die wir wollen.» Unter diesem Motto wurde im Januar der erste Entwurf der Abschlusserklärung der Rio+20-Konferenz veröffentlicht, die vom 20. bis 22. Juni 2012 in Brasilien stattfinden wird.<sup>1</sup> In Zukunft soll gehandelt werden. Der Erklärungsentwurf enthüllt zum ersten Mal die vorgesehenen Themen der Konferenz, in einer Art Überblick über die breit angelegten Anhörungen, die seit Monaten bei allen interessierten Kreisen im Gang sind. Tenor der Beurteilungen: Der Text ist gut, aber es fehlt ihm noch an Substanz. «Positiv aus unser Sicht ist, dass die zentralen Themen der Green Economy, wo ja gerade die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit und der Privatsektor jahrzehntelange Erfahrungen vorweisen, angesprochen werden», sagt Hans-Peter Egler, der das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) in Rio vertreten wird. Aber: «Der Verhandlungstext ist zu wenig handlungsorientiert und nicht ehrgeizig genug.» Gleich tönt es bei Alliance Sud in Bern. Nicole Wagner, die im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der sechs grossen Schweizer Hilfswerke für das Dossier zuständig ist, meint: «Die für die NGO wichtigen Themen sind im Text enthalten. Aber für die Umsetzung sind dringliche Massnahmen erforderlich. Und die fehlen im Moment noch.» Die Erklärung wird bis Mitte Mai aufgrund der Stellungnahmen überarbeitet, und sie soll Biss erhalten.

Das Gefühl der Dringlichkeit rührt insbesondere daher, dass der Enthusiasmus der internationalen Gemeinschaft seit 1992 erlahmt ist. Das hochrangige



**RIO+20**  
United Nations  
Conference on  
Sustainable  
Development

Das Logo von Rio +20 symbolisiert die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung: Soziales, Wirtschaft und Umwelt.

Panel, das UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon eingesetzt hat, um eine «neue Vision für nachhaltige Entwicklung und Prosperität» zu formulieren, räumte 2010 ein, dass der Begriff der nachhaltigen Entwicklung «schwer fassbar und seine Umsetzung schwierig bleibe.»<sup>2</sup>

Die Konferenz von Rio im Jahr 1992 hatte dieser Idee ein wenig Substanz gegeben: Um nachhaltig zu sein, müsse die Entwicklung ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten schaffen. Dann wird aber alles komplizierter, denn «es mangelt derzeit an guten Schiedsmechanismen, um diese drei Aspekte ins Gleichgewicht zu bringen», vermerkt Andrea Ries, die in der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) das Dossier Rio+20 betreut.

### Eine seltene Gelegenheit, sich zu treffen

Dazu kam noch das Misstrauen gewisser Länder des Südens gegenüber einer Idee, die als ein Instrument der Industrieländer angesehen wurde, um sie in ihren Möglichkeiten zu beschneiden. Denn wird der Fortschritt nicht als Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts gemessen? Wie die Weltbank feststellt,

<sup>1</sup> <http://www.uncsd2012.org/rio20/index.php?page=view&type=12&nr=324&menu=23>

<sup>2</sup> Micheline Calmy-Rey gehört dem 22-köpfigen Panel an: <http://www.un.org/gsp/>

fehlt es trotz Erfolgen in einigen Bereichen immer noch an Systemen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene, um die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte in ein Gleichgewicht zu bringen.

Dennoch hat sich eine Dynamik entwickelt. «Die globalen Konferenzen an und für sich bringen noch keinen Erfolg», hält Stephen Hale, Ko-Kampagnenleiter des grossen britischen Hilfswerks Oxfam International in seinem Blog fest. «Oft überschätzen wir das formelle Resultat und unterschätzen die Bedeutung der Koalitionen, die anlässlich dieser Gipfeltreffen geschmiedet werden.» Nicole Werner von Alliance Sud bestätigt: «Es brauchte 17 Jahre Klimakonferenzen, bis die politischen Massnahmen endlich griffen.» So hat sich der Begriff «nachhaltig» nach Rio praktisch in allen Kreisen durchgesetzt. Auch die Unternehmen begannen sich Gedanken über «soziale Verantwortung» zu machen – diese schliesst die Idee der Nachhaltigkeit ein. Damit hätte man den Knochen, nun muss noch Fleisch dran. Für Stephen Hale stellt Rio+20 eine seltene Gelegenheit dar, die genau zur richtigen Zeit kommt, um die Leader aus aller Welt zu vereinigen und sie auf nachhaltige Entwicklung zu verpflichten. «Wir können uns nicht erlauben, sie vorbegehen zu lassen.»

### Ein Mantra: die grüne Wirtschaft

Das Sekretariat der Konferenz hat zwei Hauptthemen bestimmt: einerseits die grüne Wirtschaft, andererseits der institutionelle Rahmen. Der Begriff «grüne Wirtschaft» kam 2008 auf und ist zu einer Art Mantra geworden. Die Idee dahinter ist, dass das derzeitige Wirtschaftssystem langfristig nicht haltbar ist, da unvereinbar mit sozialer Gerechtigkeit und dem Schutz der natürlichen Ressourcen. Jeder definiert den Begriff wieder anders, und mehrere multilaterale Akteure haben Websites dazu geschaffen.<sup>3</sup> Die UNO hat im Übrigen Ende Januar eine Synthese publiziert. Diese wurde als «weit gefasste Perspektive des Systems der Vereinten Nationen» vorgestellt, das Ergebnis eines breit angelegten Konsultationsverfahrens mit rund 40 wichtigen Akteuren (Agenturen, Programme, Versammlungen, Weltbankgruppe usw.)<sup>4</sup>.

Industrieländer und Entwicklungsländer sehen die grüne Wirtschaft unterschiedlich. Für die Industrieländer sowie einige Schwellenländer ist sie eine Möglichkeit, umweltfreundliches Wachstum und technologische Innovation zu fördern. Dabei besteht die Herausforderung darin, mit der grünen Wirtschaft Produktionsverfahren und Konsumgewohnheiten zu revolutionieren und sich nicht auf einige marginale Änderungen zu beschränken. In einem Beitrag zur Vorbereitung von Rio+20 hält die Business Action for Sustainable Development fest: «Die Unternehmen würden zwar eher von einer „grüneren Wirtschaft“ sprechen (...). Wir akzeptieren jedoch den Begriff „grüne Wirtschaft“ und sehen ihn als gemeinsames Motto, um die Hinwendung zu einer nachhaltigen Entwicklung auszudrücken, die alle Volkswirtschaften weltweit vornehmen müssen.»<sup>5</sup> Für Jorge Viñuales, Professor für internationales Umweltrecht am Genfer Institut de hautes études internationales et du développement (IHEID), ist die Herausforderung allerdings klar: «1992 lautete die Botschaft der nachhaltigen Entwicklung: Ihr könnt genau so gut wirtschaften, wenn ihr die Umwelt schützt. „Grüne Wirtschaft“ heisst: Ihr wirtschaftet besser, wenn ihr euch auf die Umwelt konzentriert. Wenn nicht, steht ihr auf der Verliererseite.»

Die Entwicklungsländer haben andere Prioritäten; sie verfügen auch nicht über die Kapazitäten für einen Wandel dieser Art. Sie – und mit ihnen Akteure der Entwicklungshilfe – befürchten, dass eine grüne Wirtschaft, die sich auf die Version der Industrieländer mit Schwerpunkt auf dem Umweltschutz beschränkt, zu einem neuen technologischen, wissenschaftlichen und finanziellen Graben führt oder gar zu einem «grünen Protektionismus» wird. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) spricht sogar von der Notwendigkeit einer «Wirtschaft für die Armen».

«Es besteht daher ein Konsens, dass die grüne Wirtschaft nicht bloss „grün“ sein soll, sondern Teil einer ganzheitlichen nachhaltigen Entwicklung», erklärt Andrea Ries, die in der DEZA das Dossier Rio+20 betreut. «Die grüne Wirtschaft muss Gerechtigkeit fördern, Ungleichheiten vermindern und

zur Armutsbekämpfung beitragen. Die „Grundsätze von Rio“ haben eine ausgewogene Basis für die nachhaltige Entwicklung geschaffen. Sie bilden nach wie vor eine adäquate Arbeitsgrundlage für die grüne Wirtschaft.»

Dieser Konsens findet auch im Untertitel des ersten Themas seinen Ausdruck: «Grüne Wirtschaft im Kontext der nachhaltigen Entwicklung und der Armutssenkung».

### Nach den Worten die Taten

Das zweite Thema von Rio+20 ist die Gestaltung eines «institutionellen Rahmens für die nachhaltige Entwicklung». Alle Akteure sind sich einig, dass dieser effizient sein muss, will sagen: effizienter als bisher. Es geht insbesondere um die Umsetzung sehr konkreter «transversaler» Fragen im Programm, bei denen eine erhebliche Koordination nötig ist: Ernährungssicherheit, Energie, Beschäftigung usw.

Vor 20 Jahren war in Rio eine «Kommission für nachhaltige Entwicklung» als Organ des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) geschaffen worden, die die Fortschritte der Ziele von Rio verfolgen sollte. Mangels ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen konnte sie diese Aufgabe nicht wirklich erfüllen. Das multilaterale System benötigt «Kohärenz und Koordination», insistiert man beim South Center, einer zwischenstaatlichen Plattform der Länder des Südens mit Sitz in Genf. Zudem müsse das Nachverfolgungsorgan zwingende Normen und Verträge aushandeln können. Abgesehen vom Inhalt gibt es zwei Optionen: Stärkung des Mandats des ECOSOC, d. h. der bestehenden Kommission, oder Schaffung eines echten «Rats für nachhaltige Entwicklung» nach dem Modell des Menschenrechtsrats. Die von der Schweiz favorisierte zweite Option wird vom Nachhaltigkeits-Panel in seinem Bericht vom Januar 2012 (S. S. 3) unterstützt. Hinsichtlich der Umwelt ist auch davon die Rede, das UNEP zu

<sup>3</sup> Siehe insbesondere die neue «Green Growth Knowledge Platform», die gemeinsam von der Weltbank, dem Global Green Growth Institute, der OECD und dem UNEP betrieben wird (<http://www.greengrowthknowledge.org/Pages/GGKPHome.aspx>), sowie die Website des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP) zur grünen Wirtschaft (<http://www.unep.org/greeneconomy/>), beide auf Englisch.

<sup>4</sup> <http://www.unemg.org/MeetingsDocuments/IssueManagementGroups/GreenEconomy/GreenEconomyreport/tabid/79175/Default.aspx#>

<sup>5</sup> <http://www.uncsd2012.org/rio20/index.php?page=view&type=510&nr=424&menu=115>

stärken oder es sogar in eine weltumspannende Umweltagentur umzuwandeln (derzeit hat es 58 Mitgliedstaaten). Franz Perrez, Leiter der Schweizer Delegation, hält im Übrigen fest, dass die Unterzeichnung von bindenden Verträgen in Rio nicht vorgesehen sei. «Aber später könnten sie notwendig werden.»

In Rio wird zudem ein weiteres Engagement thematisiert werden müssen. Die Millenniumsentwicklungsziele laufen 2015 aus. Ihr Schwerpunkt liegt auf den Entwicklungsländern. In Rio könnten im Grundsatz Nachfolgeziele verabschiedet werden, nämlich «nachhaltige Entwicklungsziele» mit messbaren Indikatoren. Sie würden den gesamten Planeten betreffen.

**SIMON CATTIN**

#### IN KÜRZE

#### Der GEF – eine zentrale Umwelteinrichtung

Der Globale Umweltfonds, besser bekannt unter der englischen Abkürzung GEF (Global Environment Facility), ist heute das wichtigste Finanzierungsinstrument für «Projekte zur Verbesserung des allgemeinen Zustands der Umwelt», um die Worte des Fonds zu verwenden. Der Fonds wurde 1991 von der Weltbank gegründet und erlangte 1992 an der Rio-Konferenz seine Unabhängigkeit. Heute gehören ihm 182 Länder an. Der Fonds arbeitet in enger Partnerschaft mit zehn Agenturen der Vereinten Nationen, mit den regionalen Entwicklungsbanken und der Weltbank zusammen. Er dient auch als Finanzierungsmechanismus für vier Umweltübereinkommen in den Bereichen Klimawandel, persistente organische Schadstoffe, Bekämpfung der Wüstenbildung und biologische Vielfalt.

Der GEF verfügt über einen Sonderfonds für die am wenigsten entwickelten Länder und deckt häufig die zusätzlichen Kosten, die es erst ermöglichen, dass Projekte umweltfreundlich sind. Der Fonds ist beispielsweise die grösste Finanzierungsquelle für Schutzgebiete (Biodiversität, Schutz von indigenen Völkern, Naturpärke). Ausserdem sind seine Länderevaluationen relevante Monitoringinstrumente für die Geberländer und die Begünstigten. Der GEF veröffentlicht auch Fachdokumente und gibt zusammen mit einem wissenschaftlichen Ausschuss (STAP) praktische Hinweise. Die jüngsten Veröffentlichungen befassen sich mit der Verschmutzung der Küsten durch chemische Düngemittel, mit Plastikmüll in den Ozeanen oder der Lagerung von sperrigen persistenten organischen Schadstoffen. [sc]

<sup>1</sup> <http://www.thegef.org/gef/>

## Empfehlungen

# Nachhaltige Entwicklung: «Ein dynamischer Prozess»

**BERICHT** Das hochrangige Panel für globale Nachhaltigkeit<sup>1</sup>, das vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, gegründet wurde, hat Ende Januar seinen Bericht vorgelegt. Die Arbeit dieses aus 22 Persönlichkeiten (aus ebenso vielen Ländern) bestehenden Gremiums ist eine echte Roadmap für Rio+20 und deren Folgearbeiten. Die Schweiz ist in diesem Panel durch Micheline Calmy-Rey vertreten.

Das aus aktuellen oder ehemaligen Staats- und Regierungschefs, Ministerinnen und Ministern sowie Vertreterinnen und Vertretern der akademischen Welt zusammengesetzte Panel ruft zu einer «neuen Verknüpfung» zwischen Ernährung, Wasser und Energie auf, um die gegenwärtigen Ungleichgewichte abzubauen. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung stelle einen «dynamischen Anpassungs-, Lern- und Handlungsprozess» dar, der weit über den Umweltbereich hinausgehe. Für diesen Bereich fordert der Bericht eine genaue Prüfung der wissenschaftlichen Daten, von denen gewisse von Ungleichgewichten ausgehen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können und die möglicherweise weitere nach sich ziehen werden.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet stets, eine Wahl zu treffen. Aber der Bericht hält fest, dass eine echte Wahl nur möglich ist, wenn die Menschenrechte eingehalten und die Grundbedürfnisse gedeckt sind. Daher spielen hier die Armutsverminderung und die Förderung der Demokratie eine Schlüsselrolle. Der öffentliche Sektor ist nicht in der Lage, die für diese Aufgaben erforderlichen Mittel bereitzustellen, hält das Panel fest. Es richtet sich an die «Wirtschaft», damit «ein Wert geschaffen wird, der über



Saigon, Vietnam, 2002.

Foto Tran Thi Hoa/Weltbank

das enge Konzept von Reichtum hinausgeht».

Der Preis für ein aktives Handeln muss mit dem Preis des Nichthandelns verglichen werden, hält der Bericht fest: «Die Völker werden nicht länger akzeptieren, dass Privatunternehmen und Regierungen ihre Verpflichtungen für eine nachhaltige Zukunft nicht ernst nehmen.» Es ist wichtig, die Kosten der sozialen Ausgrenzung, namentlich jener der Frauen, zu messen («wenn Frauen am Tisch sitzen, haben kollektive Bedürfnisse Priorität»).

In den 56 Empfehlungen des Berichts sind alle Anliegen des Panels ausführlich beschrieben. Unterstrichen wird die Bedeutung eines wirksamen Monitorings, um nicht wieder der Trägheit der letzten zwanzig Jahre zu verfallen. Gefordert wird die Einführung von internationalen Standards für die Produktion von Waren, für den Verbrauch, für die Entwicklung, usw., aber auch die Schaffung eines «Rats für nachhaltige Entwicklung», analog zum Menschenrechtsrat, um alle relevanten Dimensionen einzubeziehen. Die Schweiz unterstützt die Bildung eines solchen Rats.

**SIMON CATTIN**

<sup>1</sup> [http://www.un.org/gsp/sites/default/files/attachments/GSPReport\\_unformatted\\_30Jan.pdf](http://www.un.org/gsp/sites/default/files/attachments/GSPReport_unformatted_30Jan.pdf)

## «Wachstum ja, aber intelligentes Wachstum»

**INTERVIEW** Rachel Kyte, Vizepräsidentin des Netzwerks nachhaltige Entwicklung der Weltbank, sieht grünes Wachstum nicht als Luxus, der den reicheren Ländern vorbehalten ist, sondern als einen von vielen unumgänglichen Veränderungsprozessen in der Geschichte der Menschheit.

**Wirtschaftlicher Fortschritt, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz waren 1992 die drei Eckpfeiler der Erklärung von Rio. Diesmal wird die «Green Economy», die «grüne Wirtschaft», zu den zentralen Themen gehören. Wie sieht es bei den gesellschaftlichen Aspekten und der Armutsbekämpfung aus?**

Gegenüber 1992 hat sich die Zahl der Armen weltweit halbiert. Gewisse Weltregionen erlebten ein spektakuläres Wachstum, das sehr vielen Menschen den Weg aus der Armut ebnete. Eindrückliche Beispiele sind China und Indien. Brasilien kann nicht nur ein solides Wachstum vorweisen, sondern hat ausserdem im Bereich der sozialen Sicherheit ein beeindruckendes Netz aufgebaut.

Die Herausforderung von Rio+20 besteht darin, sich zu fragen, welche Art von Wachstum wir wollen. Die aktuellen Instrumente zur Evaluation des Wachstums wie das BIP berücksichtigen ökologische Aspekte nicht genügend.

Bei der Weltbank sprechen wir eher von «green growth for all», also grünem Wachstum für alle, als von einer grünen Wirtschaft. Denn wir brauchen Wachstum, aber ein



Rachel Kyte.

Foto Weltbank

intelligentes, sinnvolles Wachstum. Konkret müssen die am stärksten fortgeschrittenen Länder ihren ökologischen Fussabdruck weiter reduzieren. Die Schwellenländer können ihren Wachstumskurs noch in Richtung einer nachhaltigeren Entwicklung ändern, und die ärmsten Länder können Fehler gleich von Beginn weg vermeiden. Das grüne Wachstum für alle ist somit nicht den reichsten Ländern vorbehalten. Es gibt zahlreiche Definitionen für den Begriff «Green Economy». Wir werden unsere Vision in einem Bericht präzisieren, der vor der Konferenz von Rio im Juni erscheinen wird.

**Ist das Ziel, diese Entwicklung auch global vorantreiben zu wollen, zu ehrgeizig?**

Es geht hier lediglich um einen Transformationsprozess, und nicht um den ersten in unserer Geschichte. Denken Sie nur an die 70er-Jahre mit der

Erdölkrise oder das Auseinanderfallen des Ostblocks. China oder Korea haben ähnlich gewaltige Entwicklungen durchgemacht. Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft ist lediglich ein weiterer, genauso unumgänglicher Prozess.

**In seinem Bericht vom 30. Januar spricht das hochrangige Panel für globale Nachhaltigkeit der UNO (UN High-level Panel on Global Sustainability<sup>1</sup>) von «fehlendem politischem Willen». Teilen Sie diese Meinung?**

Das mag auf gewisse Länder zutreffen, andere unternehmen aber echte Anstrengungen. Schauen Sie Mexiko an: Das Land muss mit dem Wassermangel fertig werden und hat einen Plan zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses erarbeitet. Mexiko will ebenso wettbewerbsfähig sein wie die am weitesten fortgeschrittenen Länder. Dazu muss es Fortschritte machen, und zwar rasch. Dasselbe ist bei den Städten zu beobachten. Sie müssen die Wasserversorgung oder den Verkehr optimieren, denn es gibt immer mehr Fahrzeuge. Ich denke zum Beispiel an Dar es-Salaam (Tansania)<sup>2</sup>. In gewissen Ländern können die Städte selber handeln – und sie tun es bereits –, ohne auf den Rest der Welt warten zu müssen. Wir ermutigen sie dazu.

**Die Konferenz von Rio dient somit nicht dazu, alle Veränderungen zu steuern?**

Wir brauchen auch einen internationalen Rahmen. Aber für Rio+20 stehen zwei Aspekte im Vordergrund: Die Erarbeitung eines Dokuments, das ein starkes Signal zur Absicht der Regierungen abgibt. Ausserdem soll es ein Diskussionsforum sein, eine Ausstellung, an der alle zeigen können, was funktioniert.

**Was können multilaterale Institutionen wie die Weltbank konkret tun?**

Den Worten Taten folgen lassen. Wir haben dazu vielfältige Instrumente wie Finanzierungen, Darlehen oder technische Hilfe, die sich sowohl an den öffentlichen als auch an den privaten Sektor der Empfängerländer richten. Seit 1992 hat sich viel geändert: Während sich die Agenda 21 vor allem an den öffentlichen Sektor wandte, liegt der Schwerpunkt nun auf einer guten Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor. Denn die Privatwirtschaft wird Fragen wie Wasserversorgung oder Ernährungs- und Energiesicherheit

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

Olivier Bürki  
Leiter Abteilung Globale Institutionen DEZA  
olivier.burki@deza.admin.ch

Christoph Jakob  
Programmbeauftragter Abteilung Globale Institutionen DEZA  
christoph.jakob@deza.admin.ch

Raymund Furrer  
Leiter Sektion Multilaterale Zusammenarbeit SECO  
raymund.furrer@seco.admin.ch

Philippe Sas  
Stv. Leiter Sektion Multilaterale Zusammenarbeit SECO  
philippe.sas@seco.admin.ch

Redaktion:  
Simon Cattin  
Leitung

Antoinette Prince  
Journalistin Schweizerische Depeschentagentur SDA

Übersetzung aus dem Französischen:  
EDA

Layout:  
Marc Dubois, Lausanne  
marc@mdvr.ch

Druck:  
i comme imprimeurs sa, Lausanne  
www.icomme.ch

lösen. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass der öffentliche Sektor zu einem Umfeld beiträgt, das Privatinvestitionen begünstigt.

### **Welche Rolle kann oder muss ein Land wie die Schweiz Ihrer Ansicht nach spielen?**

In der Schweiz ist der Privatsektor sehr aktiv in der Erforschung von Lösungen für globale Probleme. Das Land hat in diesem Bereich eine Tradition und spezifisches Fachwissen. Die Schweiz kann sich meines Erachtens von der Tätigkeit sowohl der Privatwirtschaft als auch der Hilfsorganisationen des Landes inspirieren lassen. Sie kann auf erstklassige Finanzdienstleistungen zählen und hat innovative Investitionsmodelle für die ärmsten Länder entwickelt.

In Rio wird die Schweiz zudem Ihre Erfahrung als kleines Land präsentieren, das auf eine gute regionale Integration angewiesen ist. Und sie wird ihr Know-how in den Bereichen Raumplanung, Wassernutzung und Luftqualität einbringen können. Die Schweiz ist auch ein langjähriger, neutraler Partner.

### **Sie haben am Erdgipfel von Rio 1992 als Aktivistin teilgenommen. Was ist von den damaligen Hoffnungen geblieben?**

Ich arbeitete damals für das «Center for our Common Future», das den Brundtland-Bericht weiterverfolgen sollte<sup>3</sup>. Ich war verantwortlich für die Organisation des «Global Forum», die alternative Veranstaltung zum offiziellen Gipfel. Meine Hoffnungen sind dieselben geblieben. Ich bin lediglich etwas älter und besetze eine andere berufliche Funktion, die ich damals natürlich nicht erwartet hätte. Wissen Sie, ich bin eine Pragmatikerin. Ich glaube an «positive Anpassung»: Anstatt zu schauen, was nicht funktioniert, konzentriere ich mich lieber auf das, was funktioniert, und versuche, das nachzuziehen oder mich dem anzunähern. Das geht schneller!

Interview:

**ANTOINETTE PRINCE**

<sup>1</sup> <http://www.un.org/gsp/>

<sup>2</sup> <http://sustainablecities.net/projects-overview/current-projects/durban>

<sup>3</sup> Bericht der UNO-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (World Commission on Environment and Development), die von der Norwegerin Gro Harlem Brundtland präsidiert wurde. Der Bericht diente als Basisdokument für den Erdgipfel von 1992 und machte den Ausdruck «nachhaltige Entwicklung» in der heute allgemein anerkannten Definition bekannt.

Siehe auch: <http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00266/00540/00542/index.html?lang=de>

## Im Feld

# Nachhaltigkeit in der Praxis

**BEISPIELE Nachhaltige Entwicklung ist ein Konzept, beinhaltet aber auch konkrete Aktivitäten vor Ort. Die Schweiz beteiligt sich an mehreren multilateralen Programmen in diesem Bereich.**

### **CO<sub>2</sub>-Markt und Megastädte**

Der Mechanismus des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels, der mit dem Kyoto-Protokoll geschaffen wurde, ist allgemein bekannt: Ein Industrieland kann die eigenen CO<sub>2</sub>-Emissionen kompensieren, indem es einem Entwicklungsland hilft, weniger CO<sub>2</sub> zu produzieren. Dies geschieht über einen Finanz-, Technologie- oder Wissenstransfer. Aber konkret? Weil die Angelegenheit komplex ist, hat die Weltbank einen Unterstützungsfonds (Carbon Finance-Assist oder CFA) geschaffen, der diesen Austausch für den öffentlichen und den privaten Sektor vereinfacht.<sup>1</sup>

Beim CFA handelt es sich um ein multilaterales Programm, an dem sich die Schweiz seit 2006 mit 7 Millionen Franken beteiligt. Im Jahr 2011 ging die Weltbank zum Beispiel eine Partnerschaft mit der «C40» ein, in der die Bürgermeister von fast 60 Städten und Megastädten der Welt vertreten sind. Das 2005 mit 40 Bürgermeistern geschaffene Netzwerk will die Auswirkungen der Agglomerationen auf das Klima eindämmen. Gemäss Weltbank sind die Städte für 80 % und die Megastädte der «C40» für 12 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Die Bank schätzt, dass eine Milliarde Slumbewohner besonders stark betroffen sind vom Klimawandel und von Naturkatastrophen, weil sie an exponierten Lagen wohnen. Konkrete Ergebnisse zeigt die Zusammenarbeit mit der «C40» gemäss Weltbank bereits in Dar-es-Salam, Jakarta, Sao Paulo, Mexico City und Bangkok, namentlich in den Bereichen Verkehr, Abfallbewirtschaftung oder Energiesparen.

### **Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung: Einfluss auf die Politik nehmen**

Wasser spendet Leben, aber es ist nicht einfach, die lokalen Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung zuverlässig und objektiv zu messen. Deshalb entwickelten die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) 1990 ein gemeinsames Überwachungsprogramm (Joint Monitoring Programme, JMP)<sup>2</sup>, das offizielle Instrument der UNO zur Überwachung der Fortschritte beim Millenniumsentwicklungsziel 7 (MDG 7) im Bereich Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung. Das Statistikinstrument umfasst die aktuellsten Daten aus Hunderten von Quellen nach Kategorien geordnet (Art der Trinkwasserversorgung bzw. des Abwassersystems). Anhand der resultierenden Tabellen, Karten und Grafiken lässt sich die Entwicklung verfolgen. Wollen Sie mehr über die ländliche Trinkwasserversorgung in einem Staat wie Bangladesch erfahren? Fünf Seiten dicht gefüllt mit Statistiken geben einen genauen Überblick über die Zahl der Trinkwasseranlagen. Die Daten sind aufgeschlüsselt nach Typ der Anlage sowie nach Jahr und Land.

Das JMP misst die erzielten Fortschritte, dient aber auch der Information der Geber. Die Schweiz unterstützt das Programm finanziell und gehört dem Verwaltungsrat an. Sie nutzt das Programm auch als Referenzdokument und investiert hauptsächlich in die sanitäre Grundversorgung: Die Statistiken zeigen nämlich, dass die Millenniumsentwicklungsziele in diesem Bereich anders als bei der Trinkwasserversorgung möglicherweise nicht erreicht werden. Zudem unterstützt die Schweiz

<sup>1</sup> <http://wbi.worldbank.org/wbi/stories/carbon-finance-assist-program-guides-developing-nations-through-complex-mechanisms>

<sup>2</sup> <http://www.wssinfo.org/about-the-jmp/introduction/>

zwei weitere Initiativen, die ihr Engagement bezüglich Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung ergänzen: Eine Initiative umfasst ein Instrument, mit dem sich die Fähigkeit der Länder, Fortschritte bei den Millenniumszielen<sup>3</sup> zu erzielen, evaluieren und analysieren lässt, die andere betrifft die Kommunikation nach aussen zur Beeinflussung der politischen Prioritäten im Bereich Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung<sup>4</sup>.

### Das Engagement Europas im Osten

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) lanciert derzeit die dritte Phase ihrer ehrgeizigen «Initiative für nachhaltige Energie» (Sustainable Energy Initiative, SEI). Ziel ist es, die CO<sub>2</sub>-Produktion zu verringern und die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz von Osteuropa bis Zentralasien zu fördern. Mit der ersten Tranche (2006–2008) investierte die SEI 1,5 Milliarden Euro<sup>5</sup> in Projekte mit einem Gesamtwert von 5 Milliarden Euro.

In der zweiten Phase (2009–2011) wuchs das Engagement deutlich, und Ende 2011 entfiel fast ein Drittel der Investitionen der Bank auf die SEI. Seit 2006 wurden insgesamt 464 Projekte in 29 Ländern mit 8,8 Milliarden Euro unterstützt. Die kumulierte CO<sub>2</sub>-Reduktion zwischen 2006 und 2011 entspricht

schätzungsweise dem jährlichen Ausstoss von Serbien. Aufgrund der Infrastruktur, die noch aus der Zeit vor 1989 stammt, leiden die betroffenen Länder unter starker Umweltverschmutzung. Deshalb flossen die Programmfelder lange vorwiegend in die Produktion von «saubererer» Energie. 2011 nahmen zum ersten Mal die erneuerbaren Energien diesen Platz ein.

Die dritte Phase (2012–2014) wird anlässlich der Jahresversammlung der Bank im Mai 2012 offiziell lanciert. Vorgesehen sind eine weitere Reduktion (zwischen 26 und 32 t CO<sub>2</sub>/Jahr) sowie eine Evaluation der Auswirkungen der Initiative auf die Energiesicherheit. Der Gesamtwert der unterstützten Projekte dürfte sich auf 15 bis 25 Milliarden Euro belaufen. Die Schweiz wird mit 195 Millionen Franken 2,28 % zum Kapital der Bank beitragen.

### Die Saat des Wandels

Erst nach dem Abschluss eines Projekts zeigt sich, ob es die Hoffnungen wirklich erfüllt. Diese Erfahrung hat der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in Tschad gemacht. Die UNO-Sonderorganisation mit Sitz in Rom engagiert sich für die landwirtschaftliche Entwicklung und die Bekämpfung der Armut in ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer,

indem sie der Bevölkerung hilft, die Lebensmittelproduktion und das Einkommen zu steigern. Das 1994 lancierte Projekt, dessen zweite Phase vor zwei Jahren abgeschlossen wurde, betrifft die Ernährungssicherheit in Nord-Guéra, der «am stärksten gefährdeten Region in einem der ärmsten Länder». Der Ansatz war jedoch breiter und umfasste sowohl den Bau von Schulen und Brunnen als auch die Gründung von Mikrounternehmen, die Einführung eines Kreditsystems sowie Alphabetisierungskurse. Diese Kurse wirkten sich positiv auf alle anderen Aktivitäten aus, da dadurch rund 7500 Haushalte mehr Autonomie bezüglich Gesundheit, Bildung und Nahrungsmittelanbau erlangten. Es sind noch nicht alle Probleme gelöst, aber die Rückmeldungen, die der IFAD erhalten hat, weisen darauf hin, dass die Dynamik anhält.

Über ihren Grundbeitrag hinaus beteiligt sich die Schweiz als Partnerin an der Finanzierung von rund einem Dutzend Projekten des IFAD, vom Hochland Jemens über Kirgisistan, die Türkei, Tansania und Madagaskar bis nach Laos.

**SIMON CATTIN**

<sup>3</sup> [http://www.who.int/water\\_sanitation\\_health/glaas/en/](http://www.who.int/water_sanitation_health/glaas/en/)

<sup>4</sup> <http://www.sanitationandwaterforall.org/>

<sup>5</sup> Quelle der Zahlen: EBWE

## EN BREF

### Die Schweiz, die nachhaltige Entwicklung und Rio+20

Mit dem Rio-Prozess soll unter anderem erreicht werden, dass die Regierungen sich zu konkreten Massnahmen auf nationaler Ebene verpflichten. Die Schweiz setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung ein, weil diese in Artikel 2 und 73 der Bundesverfassung verankert ist. Sie verfügt seit 1997 über eine «**Strategie Nachhaltige Entwicklung**», die acht Bereiche (Bildung, internationale Zusammenarbeit, soziale Sicherheit usw.) umfasst und an deren Umsetzung 30 Bundesämter beteiligt sind. Diese verpflichten sich, ihre Aktivitäten und Projekte auf eine nachhaltige Entwicklung auszurichten und dabei drei Aspekte zu berücksichtigen: Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Das für die Umsetzung verantwortliche Steuerungsgremium umfasst die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und die Bundesämter für Landwirtschaft, Gesundheit und Umwelt sowie das Bundesamt für Raumentwicklung, das das Sekretariat führt. Die Strategie enthält Monitoringinstrumente und Statistiken<sup>1</sup>. Mit der Integration der Strategie und des Aktionsplans in die Legislaturplanung<sup>2</sup> wurde im Januar 2012 eine neue Phase eingeleitet. Auf lokaler Ebene engagieren sich über 200 Städte und Gemeinden, die 32 % der Schweizer Bevölkerung stellen, für die Agenda 21. Ein 2001 geschaffenes Forum für nachhaltige Entwicklung ermöglicht den Informationsaustausch zwischen den Entscheidungsträgern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Daneben gibt es eine Fülle von Programmen verschiedener Departemente und Ämter zur

Unterstützung der Gemeinden und Kantone. Die Zivilgesellschaft übt aber trotzdem weiter Druck auf Bern aus (Landschaftsinitiative und Initiative für eine grüne Wirtschaft der Grünen, Lobbyarbeit der NGO in Bezug auf die Verantwortung multinationaler Unternehmen). Die Schweiz ist auch international sehr aktiv, unter anderem bei den Vorbereitungen für Rio+20. Die Schweizer Delegation, die an der Konferenz teilnimmt, setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundesamts für Umwelt, der Politischen Direktion des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, der Bundesämter für Raumentwicklung, Gesundheit, Landwirtschaft, Energie, Statistik und Kommunikation sowie der DEZA, des SECO und des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum. Dazu kommen Akteure aus Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Aufgrund ihres langjährigen internationalen Engagements ist die Schweiz auf hoher Ebene vertreten: Toni Frisch, der ehemalige Chef des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe, ist in der hochrangigen Beratungskommission Rio+20, und Micheline Calmy-Rey gehört dem hochrangigen Panel für globale Nachhaltigkeit an, das 2010 vom UNO-Generalsekretär geschaffen wurde (s. Artikel S. 3). [sc]

<sup>1</sup> <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21.html>

<sup>2</sup> <http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00262/00528/index.html?lang=de>